

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

8.1.1923 (No. 6)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Zeitung Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Telegraphenamt
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. A. n. d.
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für Januar 1923 4. — Einzelnummer 10. — Anzeigengebühr: 35. — für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kostenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagererhebung, zwangsweiser Verbreitung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet in beständiger Umlage oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unersandte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

Der Arbeitsmarkt weist gegenüber der Vorwoche eine weitere Verschlechterung auf. Die Erwerbslosigkeit hat zugenommen, vornehmlich infolge Entlassung von gelerntem und ungelerten Bauhandwerkern. Die Ungunst der Witterung zog auch Arbeiterentlassungen beim Redaktionsbau und beim Mannheimer Hafenumschlagbetrieb, der durch das Hochwasser beeinträchtigt wurde, nach sich. Auch Entlassungen bei Behörden wirkten sich auf dem Arbeitsmarkt aus.

In der Landwirtschaft besteht Nachfrage nach Nebmedien.

Wie in der Metallindustrie ist auch in der Mehrzahl der übrigen Berufsgruppen die Marktlage im ganzen ziemlich ruhig.

In der Tabakindustrie (Zigarettenfabrikation) ist eine weitere Verschlechterung wahrzunehmen. Das Angebot an ungelerten Arbeitskräften ist groß.

Diplomatie und Militärs in Japan.

Aus Tokio, 25. Oktober, wird uns geschrieben: Es war eigentlich für Japan schon unangenehm genug, durch den Abbruch der mit Sowjetrußland in Changhai geführten Verhandlungen einen offensichtlichen Mißerfolg zu erzielen und die japanische Presse hätte es keineswegs nötig gehabt, dieses Mißgeschick noch durch eine heftige Polemik zu verschärfen. Die den Gegensatz zwischen der Diplomatie und den Militärs in Japan aller Welt offensichtlich macht. Man munkelt ja, daß derartige für die Politik eines Landes recht gefährlichen Gegenstände auch in anderen Staaten schon einmal vorgekommen sein sollen, aber in Japan sind die bekanntesten vielen Fälle, die den drei verberben, ständig an der Arbeit.

Einige Blätter begannen eine Attacke gegen den Generalstab mit der „Enthüllung“, daß aus dem vielberedeten Waffenlager in Wladivostok Waffen verschwinden und mit Wissen der japanischen Militärs an den für die chinesische Zentralregierung so gefährlichen Machtbesitzer in Nordchina, Chang Tso-lin, veräußert worden seien. Außerdem wurde dem Generalstab vorgeworfen, daß er in die Politik hineingepfuscht, indem er durch Förderung eines Bündnisses zwischen Chang Tso-lin und dem Diktator von Wladivostok Diderichs den berühmten „Pufferstaat“ schaffen wolle. Diese Treibereien des Generalstabs hätten das Auswärtige Amt erbittert und auf das Betreiben des Amtes würden der Generalstabschef und der Kriegsminister zum Rücktritt gezwungen werden.

Aus der Antwort des so nachdrücklich angezapften Kriegsministers ging zunächst hervor, daß in der Waffenfrage jedenfalls etwas nicht stimmte, denn der Minister mußte erklären, daß ein Teil der Waffen verschwunden wäre und daß der dafür verantwortliche Offizier vor ein Kriegsgericht gestellt werden würde. Diese Sache aber hätte mit Chang Tso-lin garnichts zu tun, denn dieser hätte seine Waffen von der Regierung in Wladivostok gekauft. Was den Pufferstaatsplan anbetreffe, so denke die Militärbehörde garnicht an seine Verwirklichung.

Die japanischen Militärs hätten nicht die berühmte japanische Tapferkeit haben müssen, wenn sie nicht von der Verteidigung zum Angriff übergegangen wären. So folgten also der Verteidigungsaktion in der den Militärs nachstehenden Presse Artikel, in denen gesagt wurde, die Unfähigkeit und Mädeligkeit der Diplomaten zwänge die Militärs zum Eingreifen. Die Diplomaten hätten diesen Pressefeldzug gegen die Militärpartei auch nur heraufgelassen, um die Aufmerksamkeit von dem von ihnen selbst in Changhai erlittenen Mißerfolg abzulenken.

Dieses letztere Moment wird besonders unterstrichen, weil die Militärs von vornherein Gegner der Konferenz mit Rußland waren und deshalb beim Scheitern der Konferenz sichtlich eine geringe Schadenfreude empfunden haben. Aberhaupt sind die Militärs Gegner der in der Räumungsaktion in Sibirien sich ausdrückenden Nachgiebigkeitspolitik. Sämt man das sehr so gewinnt auch die Frage des Waffenlagers in Wladivostok eine größere Bedeutung, als die Militärs ihr zusprechen möchten. Sie wenden in dieser Frage eine eigenartige Taktik an, indem sie erklären, daß sie jede Verantwortung für das Waffenlager ablehnen und es einfach demjenigen übergeben würden, der in dem Augenblicke, in dem der letzte japanische Soldat das Stützgebiet verlassen habe, in Wladivostok regieren würde.

Das wird voraussichtlich Diderichs sein, dem die japanischen Militärs unendlich auch am nächsten stehen. Nun ist es gar kein Zweifel, daß, wenn Diderichs in den Besitz des Waffen-

lagers kommt, das sehr beträchtlich sein dürfte, auch wenn es nicht die 300 000 Tonnen Kriegsmaterial enthält, von denen gesprochen wird, er dadurch in die Lage versetzt wird, den vordringenden roten Truppen energischen Widerstand entgegenzusetzen. Allerdings hat Diderichs nach der Ansicht hieriger sachverständiger Kreise auch dann noch keine Aussicht, den Sieg an seine Fahnen zu fesseln, aber immochin kann er dann den Widerstand erheblich verlängern. Die japanischen Militärs aber denken vielleicht, „interdum aliquid fit“, d. h. während eines längeren Kampfes könnte sich mancherlei ereignen, was ein neues Eingreifen japanischer Truppen rechtfertigen würde. Allerdings sollten die japanischen Militärs wissen, daß das japanische Volk der sibirischen Abenteuer Herzlich müde ist und durchaus keine Neugierde davon wünscht.

Deutschenbetze unter Allerhöchster Begünstigung.

Unter den Vereinen ehemaliger Kriegsteilnehmer in Belgien führen diejenigen, deren Mitglieder der sozialistischen Richtung angehören, in ihrem Banner das Bild eines belgischen Soldaten, der sein Gewehr über dem Knie zerbricht. Diese Verherrlichung des pazifistischen Gedankens hat in den nationalistischen Kreisen Belgiens große Entrüstung erregt und man muß ja auch sagen, wie immer man zur Frage des Pazifismus steht, daß diese Darstellung auf einem Banner reichlich geschmacklos ist.

Diese Tatsache berechtigte aber noch nicht die Gegenpartei, d. h. dem belgischen Chauvinismus, mit einer Kundgebung zu antworten, die nicht minder geschmacklos und zugleich eine gemeine Verleumdung gegen Deutschland ist. Ein belgischer Zeichner, der auf den wohlklingenden Namen „Cass“ hört, hat sich berufen gefühlt, der Entrüstung über das sozialistische Banner „künstlerischen“ Ausdruck zu leihen und ein anderes Bannerbild zu schaffen, das einen belgischen Soldaten mit gehobenem Gewehrfloß darstellt. Unter diesem Bilde sind die Worte zu lesen: „Ich möchte mein Gewehr an den Mäulern der Bödes zerbrechen.“

Der Verband der nichtsozialistischen ehemaligen Kriegsteilnehmer in Belgien hat jetzt beschlossen, sein Banner mit diesem Bilde zu schmücken und der belgische General Lemercier hat vom Könige den Auftrag erhalten, dem Verbands ein mit diesem Bilde „besetztes“ Banner zu übergeben.

Das kriegerische Aussehen des auf dem Banner dargestellten Soldaten läßt jedenfalls vermuten, daß zu diesem Bilde keiner der belgischen Soldaten von der Weidewange in Neuf Modell gestanden hat. Diese belgischen Helden gerieten nämlich beim Anblick einer sich ihnen nähernden deutschen Feuerspritze, die sie für einen Tank hielten, in ein betriebsartiges Entsetzen, daß sie von Panik ergriffen, die Waffen wegwarfen und die Hände in die Höhe hielten.

Politische Neuigkeiten.

Ein Programm Amerikas.

Das Kabinett in Washington hat die europäische Lage besprochen. In amtlichen Kreisen teilt man mit, daß das amerikanische Programm ungefähr folgendes sei:

Staatssekretär Hughes wird bei den Mächten vertraulich sondieren, ob sie zu einer Sachverständigen-Konferenz unter Teilnahme der Vereinigten Staaten geneigt sind, die einen praktischen Reparationsplan ausarbeiten soll, ferner ob die Mächte die politischen Auswirkungen dieser Konferenz zurückstellen wollen. Würde dieser Plan nicht angenommen, so werde Amerika der Welt sagen, wer für sein Scheitern verantwortlich ist. Die Vereinigten Staaten werden gegen die Besetzung des Ruhrgebietes durch Frankreich Einspruch erheben und Maßnahmen ergreifen, um die amerikanischen Truppen vom Rhein zurückzuführen. Dafür ist im Kongreß starke Neigung vorhanden.

England zum deutschen Vorschlag.

Der deutsche Vorschlag zur Sicherung des dauernden Friedens in Europa, den Deutschland durch Vermittlung Amerikas Frankreich gemacht hat, ist nun auch dem britischen auswärtigen Amt vorgelegt worden.

Die Einwendungen Frankreichs gegen diesen Plan sind bekannt: Es wendet 1. ein, daß die Vorschläge über Washington gegangen und nicht unmittelbar an die Alliierten gelangt sind, 2. daß die darin als Vorbedingung einer Kriegserklärung geforderte Volksabstimmung bei einem so geheizten Volk wie dem deutschen leicht vorbereitet werden könne und 3. daß ein solcher Vertrag eine Änderung des Versailler Vertrages erfordere.

Den beiden ersten Einwendungen schließt sich England an. Obgleich die Reichsregierung mitgeteilt haben soll, daß sie nicht auf der Volksabstimmung besthe und geneigt sei, den vorgeschlagenen Vertrag unauferuflich zu gestalten, hat man

wenig Hoffnung, daß die Vorschläge dadurch für Frankreich annehmbar werden. Auf jeden Fall aber heißt man in politischen Kreisen den deutschen Schritt als Anzeichen dafür willkommen, daß die Reichsregierung von der Notwendigkeit überzeugt zu sein scheint, die Initiative zu ergreifen.

Alarmbereit!

In der französischen Presse dauert das Rätselraten über die von der französischen Regierung geplanten Maßnahmen und über den Tag ihrer Injunktsetzung fort. Ein amtliches, am Samstagabend ausgegebenes Pariser Communiqué besagt, daß alle in Umlauf befindlichen Versionen mehr oder weniger hypothetischer Natur seien. Die französische Regierung habe ihre Absicht lediglich den Verbündeten zur Kenntnis gegeben, sie sehe jedoch keine Veranlassung, die verbreiteten Meldungen zu dementieren oder zu bestätigen.

Man wird aus dieser Mitteilung nicht etwa den Schluß ziehen dürfen, die französische Regierung sei in ihren Entschlüssen schwankend geworden. Herr Poincaré hat bereits in dem am 2. Januar der Konferenz überreichten französischen Plan klipp und klar angekündigt, daß, wenn eine Einigung über eine gemeinsame Aktion sich als unmöglich erweisen sollte, Frankreich auf die Anwendung militärischer Maßnahmen, d. h. der Besetzung eines Teiles des Ruhrgebietes nicht verzichten könne. Tatsächlich ist die französische Rheinarmee in Alarmbereitschaft. Zweifelhaft bleibt also nur noch der Termin, an dem die Order zum Einmarsch erteilt werden wird. Die Entscheidung darüber dürfte mehr oder weniger davon abhängen, ob Herr Poincaré, der als Jurist nun einmal das Bedürfnis hat, auch das Unrecht rechtlich zu begründen, den Fälligkeitstermin vom 15. Januar abwarten wird, oder ob er sich auf den Vorwand der vorsätzlichen Nichterfüllung, die nach französischer Auslegung den einzelnen Regierungen das Recht zu isoliertem Vorgehen geben soll, stützen wird.

Im Anschluß an den Ministerrat hat im Elysee eine neue Konferenz unter dem Vorsitz Millerands stattgefunden, an der außer Poincaré der Kriegsminister, der Minister der öffentlichen Arbeiten und Marschall Foch teilgenommen haben. Nach dem offiziellen Communiqué bildete die „Durchführung des vom Ministerrat als Sanktionen für die bereits festgestellten und am Dienstag noch festzustellenden Verfehlungen Deutschlands beschlossenen Maßnahmen“ den Gegenstand der Beratungen. Die Form dieser Mitteilung wird hier dahin gedeutet, daß der geplante Einmarsch ins Ruhrgebiet bereits in dieser Woche unmittelbar im Anschluß an den für Dienstag erwarteten Beschluß der Reparationskommission beschlossen und wahrscheinlich in der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch vor sich gehen werde.

Trotz der strengen Geheimhaltung aller Vorbereitungen ist bekannt geworden, daß die Frage der Ausdehnung der militärischen Operationen zu einem scharfen Konflikt zwischen den Zivilstellen einerseits und dem Marschall Foch und seinem Generalstab andererseits Anlaß gegeben hat. Die Regierung scheint beabsichtigt zu haben, in Anbetracht der Stimmung in England und Amerika und mit Rücksicht auf gewisse Strömungen in der öffentlichen Meinung des eigenen Landes die militärische Aktion auf ein Minimum zu beschränken und sich mit der Entsendung kleinerer Detachements zum Schutz der mit der Ausführung der wirtschaftlichen Sanktionen betrauten Beamten und Ingenieure zu begnügen. Foch und seine Offiziere haben den Plan „aus Gründen militärischer Sicherheit“ abgelehnt und als Mindestzahl der zur Durchführung der Operationen erforderlichen Truppen 80 000—100 000 Mann angefordert. Die Verfassung des Generals Weizsäcker aus Lausanne hat mit diesen Meinungsverschiedenheiten in Zusammenhang gestanden. Daß die Militärs schließlich Sieger geblieben sind, zeigen die Mitteilungen der Abendblätter, wonach für den Einmarsch ins Ruhrgebiet die Verwendung von nicht weniger als neun Divisionen, davon sieben französischen und zwei belgischen, in Aussicht genommen ist. Die Einberufung von Reservisten ist nicht beabsichtigt. Die zu den Operationen herangezogenen Formationen der Rheinarmee sollen im besetzten Gebiet durch Truppen aus dem Innern Frankreichs ersetzt werden.

Nach Mitteilungen, die schwer kontrollierbar sind, soll die französische Regierung die Absicht haben, den Vormarsch zunächst nur bis Essen auszudehnen in der Erwartung, daß die deutsche Regierung dann die Initiative zu direkten Verhandlungen ergreifen werde. Von deren Ergebnis sollen dann die Verhängung weiterer Sanktionen und der Umfang der zu ergreifenden produktiven Bänder abhängig gemacht werden.

Ein Lausanner Zwischenfall.

In der Sitzung des Unterausschusses für die Rinderheutefrage kam es in Lausanne zu einem lebhaften Zwischenfall. Die Vertreter der drei alliierten Mächte verließen einer nach dem andern Erklärungen, in denen sie den Türken noch einmal die Wünsche der armenischen, nicolabäischen und bulgarischen Rinderheute zur Prüfung empfahlen, um vor allem darauf hinzuweisen, daß vielleicht nach dem Eintreten der Türkei in den Völkerbund außerhalb des Vertrages den Armeniern eine gewisse Autonomie unter Kontrolle des Völkerbundes und ohne Beeinträchtigung der türkischen Souveränität verliehen werden könnte.

Der türkische Delegierte Nisa Nouri Bey, der bereits bei Beginn dieser Erklärungen seine Unzufriedenheit über diese Debatte kundgegeben hatte, verlangte wiederholt das Wort. Nachdem der italienische und der englische Vertreter gesprochen hatten und gerade der französische Vertreter seine Erklärung beendet hatte, erhob sich der türkische Delegierte und bemerkte

erregt, daß das Einkreten der Mächte für die betreffenden Minderheiten verständlich sei, da ja die Mächte an dem Ausmaß dieser Minderheiten allein schuldlos seien. Die Türkei habe sich aber mit dieser Frage nicht zu beschäftigen. Darauf verließ Niza Kour Bey als Protest die Versammlung.

Der französische Delegierte gab dann seine Erklärungen ab, die in dem gleichen Sinne gehalten waren wie die italienischen und englischen. Darauf tadelte der italienische Präsident des Unterausschusses das Auftreten des türkischen Delegierten und stellte fest, daß Niza Kour Bey eine ernste Verantwortung gegenüber der Konferenz übernommen habe. Darauf wurde die Sitzung als geschlossen erklärt.

Der Zwischenfall ereignet in Konferenzkreisen, vor allem unter der französischen Delegation, großes Aufsehen. Die Führer der alliierten Delegationen beschwerten sich in einem Schreiben an Ismed Pascha über den in der Sitzung des Unterausschusses für die Minderheitsfrage durch Niza Kour Bey hervorgerufenen Zwischenfall.

Die Lohnverhandlungen im Bergbau.

Nach dem Scheitern der Verhandlungen über die neuen Forderungen der Bergarbeiter verzichtet der Reichsarbeitsminister vorläufig auf Einsetzung eines Schiedsgerichts, bis das Reichskabinett seine Ansicht geäußert hat. Das Kabinett beschäftigt sich infolgedessen gestern mit der Angelegenheit, ist aber noch nicht zu einer Entscheidung gekommen. Es ist damit zu rechnen, daß bereits am heutigen Montag neue Verhandlungen beginnen werden. Die Mäntel veröffentlichten eine längere Zuschrift des deutschen Bergarbeiterverbandes, in der es heißt: Am Sonntag finden allein im Ruhrgebiet über 100 Bergarbeiterversammlungen statt. Am Montag und Dienstag tritt in Bochum die Reichskonferenz des Bergarbeiterverbandes zusammen. Sie wird genötigt sein, die Klüftung des Arbeitsverhältnisses für alle deutschen Bergarbeiter auszusprechen, wenn nicht vorher durch neue Verhandlungen oder durch einen Schiedsspruch die Lebensnotwendigkeiten für die Bergleute gesichert sind. Am 10. Januar soll dagegen das auf 4 Wochen geställte Übersichtsabkommen wieder aufgenommen werden. Das wird unmöglich werden, wenn nicht der Konflikt selbst beigelegt wird.

Die Zerrüttung der deutschen Volksgesundheit.

Der preussische Minister für Volkswohlfahrt Hirthfelder hatte neben Vertretern von Reichs- und Staatsbehörden eine große Anzahl von in- und ausländischen Pressevertretern eingeladen, um sie über die Aufgaben seines Ministeriums zu unterrichten. Bei dieser Gelegenheit sprach der Referent seines Ministeriums, Obermedizinalrat Dr. Krahnke und Obermedizinalrat Professor Dr. Dietrich, über die gesundheitliche Not des deutschen Volkes. Obermedizinalrat Dr. Krahnke führte u. a. aus:

Neben der wirtschaftlichen Verelendung bedroht uns die weit größere Gefahr der völligen Zerrüttung unserer Volksgesundheit und damit auch der Arbeitsfähigkeit unseres Volkes. Nach dem Kriege trat infolge günstiger Ernährung eine allmähliche Besserung der durch die Hungerblutade so schwer geschädigten Gesundheit ein. Seit Mitte 1922 ist aber eine neue Verschlechterung unmerkbar. Weitere Schichten unseres Volkes können die für eine normale Ernährung erforderliche Menge der wichtigsten Nahrungsmittel nicht mehr beschaffen, da die Preise für Fett, Fleisch, Milch und Eier usw. ja selbst für Brot und Kartoffeln seit dem Sommer 1922 eine erschreckende Höhe erreicht haben. Benötigte doch schon eine vierköpfige Familie für den normalen Bedarf an Fett bezw. Margarine eine jährliche Summe von etwa 200 000 M. Insgesamt kommt sehr die normale Ernährung einer solchen Familie im Jahre mindestens auf 750 000 M. Wenige Familien dürften sich solche Ausgaben für Ernährung leisten. Neueste Berichte aus den preussischen Regierungsbezirken lassen erkennen, daß zahlreiche Familien, namentlich der städtischen Bevölkerung, keine Gewerbetreibenden, Sozialrentner, alte Leute usw. bereits ein ausgeprägtes Hungerdasein führen. Die Meldungen über Todesfälle an Verhungern, über Selbstmord aus Verzweiflung und Hunger mehren sich. Auch die geringen, durch Quäckerpostungen und andere Mittel erreichte Besserung der Ernährung unseres Nachwuchses schwindet bereits wieder dahin. Selbst die vor und während des Krieges geringe Säuglingssterblichkeit nimmt seit Mitte 1922 zu. Aus 24 von den 35 preussischen Regierungsbezirken werden Beobachtungen über die neuerliche Unterernährung der kleinen Kinder und Schulkinde berichtet. Die gemeldeten Ziffern über Unterernährung gehen zum Teil erheblich über 50 Prozent hinaus. Skrofuloze, Drüsenentzündungen, Rachitis zeigen wieder eine deutliche Zunahme. Die wichtigsten Ursachen hierfür dürfen im Milchmangel liegen. Hunderttausende unserer Kinder bekommen heute keinen Tropfen Milch mehr, da die Eltern sie nicht mehr bezahlen können. Die Folgen des völligen Fehlens der Milch für die heranwachsende Jugend werden und müssen verheerend ein. Auch die Tuberkuloze, die während des Krieges erheblich anstieg, nach dem Kriege aber wieder etwas zu-

rückgegangen war, steigt neuerlich wieder bedenklich an. Schlechte Ernährung und vor allem die Wohnungsnot sind die Hauptursache dieser Erscheinung. Dazu kommt, daß der Stoffmangel seit Anfang 1922 ein Ansteigen der Erkrankungsraten bedingt.

Der hessische Staatsvoranschlag für das Jahr 1923

Ist nunmehr zusammengestellt und bis auf einige Kapitel, bezüglich deren noch Verhandlungen schweben, dem Druck übergeben. Hiernach darf angenommen werden, daß der Voranschlag zu Anfang Februar dem Finanzausschuß zugehen wird. Die Zahlen sind gegen das Vorjahr — entsprechend dem gesunkenen Geldwerte — gewaltig in die Höhe geschmetzt.

Der Gesamtbedarf für die laufende Verwaltung stellt sich auf nahezu 20 Milliarden Mark gegen 1,17 Milliarden Mark im Vorjahre. Diefem Ausgabebedarf stehen rund 19 Milliarden Einnahmen gegenüber, so daß ein Fehlbetrag von etwa 650 Millionen Mark. Diese Ziffern sehen an sich erschreckend hoch aus und sind doch — gemessen an dem Wert der Mark — gering. Die Ausgabe summe bedeutet eine 10fache Steigerung des Vorjahrsbedarfs gegenüber einem inneren Geldwertwertungs faktor von fast 1000. Bei dieser Betrachtung braucht auch der budgetmäßige Fehlbetrag nicht zu erschrecken, wenn nicht immer wieder mit weiterer Geldemwertung und demzufolge mit weiterer Steigerung der Ausgaben gerechnet werden müßte.

Die Einnahmen aus den Staatsgütern konnten gegen das Vorjahr auf das 20fache, der Nettoüberschuß sogar auf das 27fache gesteigert werden. Die Steuern konnten dagegen nur um dem Vierfachen vorgezogen werden; die Anteile an den Reichsteuern wurden aus den Ansätzen des Reichsstaats übernommen. Die Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer soll auf den fünffachen Betrag der Sätze des Vorjahrs beschränkt werden. Andere Verwaltungseinnahmen konnten im günstigen Falle mit höchstens dem zehnfachen Betrage des vorhergehenden Voranschlags angesetzt werden. Der größere Teil der Einnahmen besteht aus dem Ertrag der Besteuerungserhöhungen durch das Reich in Höhe von über 10 Milliarden. Diese Ziffer beleuchtet besonders scharf die zunehmende finanzielle Abhängigkeit der Länder (wie auch der Gemeinden) vom Reich.

Die Rechnungsschlüsse bleiben — im Gegensatz zu den Abschüssen des Voranschlags — dauernd günstig. Wie in den drei vorausgegangenen Jahren, so schließt auch für 1923 die laufende Verwaltungsbilanz nicht nur ohne Fehlbetrag, sondern mit einem kleinen Überschuß von rund 5 1/2 Millionen Mark ab (814 429 741 Mark in Einnahme und 808 948 829 M. in Ausgabe).

Der Riß in der völkischen Front.

Die „Völkische Zeitung“ schreibt: Die völkische Gruppe des Reichstags, die aus den drei Abgeordneten v. Graefe, Wille und Major a. D. Henning besteht, läßt verkünden, daß ihre Mitglieder der neugegründeten „Deutschvölkischen Freiheitspartei“ beigetreten seien.

Gleichzeitig stellt der Freiherr v. Freytag-Loringhoven in der „Völkischen Zeitung“ der neuen Partei den Rotenschein aus und erklärt, sie wäre für jeden Völkischen erdödig, wenn sie nicht den Abgeordneten Henning abschüttelte. Dieser hat nämlich in einer Versammlung in Halle als Wortführer der „rein völkischen“ den „auch völkischen“ Fehde angefangen und dabei aus der Schulle geplaudert. So soll ein Führer der „Deutschnationalen Volkspartei“ gesagt haben, die Partei könne nicht auf völkischen Boden treten, weil sie dann keinen Pfennig mehr von der Industrie erhalten würde. Und ein anderer Abgeordneter habe bei einem geselligen Zusammensein behauptet, nicht die Juden, sondern die Offiziere seien am Zusammenbruch schuld. Sie seien alle, von Hindenburg angefangen, politisch unreif gewesen.

Dieses Ausbrechenschwaben bezeichnet Prof. v. Freytag-Loringhoven als eine Entgleisung, verschärft durch die Tatsache, daß es sich um einen Offizier des alten preussischen Heeres handle. Der Riß, der so in die völkische Front hineingebrochen werde, sei schwer, vielleicht gar nicht wieder zu heilen. Er behauptet, daß der Verfasser des zerbrochenen Porzellan zu sitzen, wobei er die Ringparabel aus Lessings „Misanthop der Weise“ zitiert, der sonst nicht gerade als Schulbeispiel völkischer Denkungsart gilt. Immerhin zweifelt er an dem Erfolg dieser Bemühungen, und er sieht den „Untergang der völkischen Bewegung“ voraus, weil „auch wir völkischen aus der Geschichte gelernt haben, daß die Invidia und stultitia, der Neid und die politische Dummheit, die schon Tacitus unseren Völkern vorwarf, auch in uns übermächtig sind.“

Kurze polit. Nachrichten.

* Heimberufung der amerikanischen Abenteurer. Der Senat nahm mit 57 gegen 6 Stimmen eine Resolution an, die die Heimberufung der amerikanischen Abenteurer verlangt.

Die Mehrheit spiegelt die Erregung über die Pariser Vorfälle wider, wenngleich ein Zusatz angenommen wurde, daß die Resolution keine Nation verletzen solle.

* Ein französischer Hochverratsprozeß. Dem Rat in Folge wird das Schwurgericht der Seine am 31. Januar die in den Hochverratsprozeß Raul Reunier und Madame Ravai entwickelten Persönlichkeiten, den früheren Direktor des Eclair, Ernest Jubel, und den Schweizer Rater Bossard in contumaciam aburteilen. Bekanntlich handelt es sich um angebliche Spionageleistungen im Interesse Deutschlands, bei denen der frühere deutsche Gesandte in der Schweiz, Herr von Romberg, eine Rolle gespielt haben soll.

* Das Urteil im Klante-Prozeß. Im Klante-Prozeß wurde am Samstag das Urteil gesprochen. Max Klante wurde verurteilt wegen Betrugs zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis, wegen Vergehens gegen § 145 a des Str.-G.-B. zu 5000 M. Geldstrafe; diese Einzelstrafen wurden zu einer Gesamtsstrafe von 3 Jahren Gefängnis, 5 Jahren Ehrverlust und 105 000 M. Geldstrafe vereinigt, worauf 1 Jahr 3 Monate der Untersuchungshaft in Anrechnung kommen. Sein Bruder Gerhard Klante wurde freigesprochen. Die anderen Angeklagten erhielten wegen Beihilfe Gefängnisstrafen von 2 bis 4 Monaten sowie Geldstrafen unter Zuhilfenahme der Bewährungsfrist.

* Zur heftigsten Regierungskrise. Die sozialdem. Fraktion war im heftigsten Landtagsgebäude verammelt, um Stellung zur heftigsten Regierungskrise zu nehmen. Man kam nach eingehender Aussprache zu dem Entschluß, zunächst eine Besprechung der leitenden Koalitionsparteien anfangs nächster Woche herbeizuführen.

* Die Erhöhung der Wohnungsabgabe. Der Ausschuß des Reichswirtschaftsrates für Siedlungs- und Wohnungswesen billigte die Erhöhung der Wohnungsabgabe auf 750 v. H. des Mietwertes, im ganzen also auf 1500 M., da die Gemeinden Zuschläge in der gleichen Höhe erheben.

Nachbarländer.

Landesversammlung der württembergischen Demokraten.

Die Deutschdemokratische Partei Württembergs hielt am Dreißigsten ihre Landesversammlung im großen Festsaal der Lieberhalle in Stuttgart ab. Der Besuch war außerordentlich hoch. Der Vorsitzende der Partei, Abg. Dr. Brudmann, führte in seinem Referat über die politische Lage u. a. aus:

Es ist kein Wunder, daß unter der täglich immer neuen Erregung und Schwärzung unser Volk noch nicht reif zu den großen Aufgaben und Pflichten ist, und noch nicht die Freiheit und Verantwortung hat, aus eigener Kraft ein Haus zu bauen und einzurichten. Alle unsere Liebe und Treue gehört dem Vaterlande und allen den Deutschen, die losgerissen von uns nach der Heimat herüber sehen. Unsere Liebe geht auch hinüber zu den Rheinländern, die durch Vergangenheit und deutsche Kultur zu uns gehören. Wir geloben, und einzusetzen für die Anwendung dieser fürchtbaren Gefahr.

Wir sind überzeugt von der Wichtigkeit der Staatsform, welche sich das deutsche Volk aus schwerer Not und aus dem Willen heraus, aus Trümmern Neues zu schaffen, gegeben hat. Wir stehen für die deutsche Republik und für den deutschen Volksstaat ein.

Der Redner kam dann auf die Schwierigkeit der Parteistellung zwischen rechts und links zu sprechen und richtete an die Jugend ernste Worte. Er könne es verstehen, daß sie nach Idealen suche und einen Führer erhebe, aber nicht verstehen könne er, daß sie noch immer am Vergangenen Liebe ohne kraftvollen Willen zum Fortschritt, trotzdem doch gerade die deutsche Jugend gewöhnt sei, an den Republikanern Spartas und Roms mit Verehrung und Begeisterung aufzusuchen.

Der frühere badische Staatspräsident Dr. Hummel überbrachte die Grüße der badischen Demokratie. Der Denzer der Demokratie von Karlsruhe.

Die groß angelegte Rede des Gesandten Dr. Niezler (Berlin) hielt hierauf die Hörer in Bann. Wir stünden, so führte er aus, heute vor der Frage, ob die Welt Frankreich gewähren lasse oder nicht. Frankreich beschränke sich auf ein Moratorium, das praktisch nur eine Verzögerung sei, es verlange die Genehmigung zu Zwangsmaßnahmen weitgehender Art, um durch die Reduktion der Summe die rechtlichen Grundlagen seiner Mächten zu erweitern. Roinard wisse sehr gut, daß Deutschland auf Grund seines Reparationsplanes keinen Dollar gepumpt bekommt. Wirtschaftlich sei das der Plan eines Bahnsünnigen; er sei nur verhängnisvoll in Einleitung zur Politik der Gewalt. Der Einmarsch in das Ruhrgebiet bedeute einen Akt der Gewalt, der den Frieden von Versailles zerreiße. Wir könnten zwar die Befehle des Ruhrgebietes nicht verhindern, aber unsere Zustimmung zur Ziehung von Zollgrenzen mit politischen Hinterbanten, die mit Gewalt durchgeführt und gegen den moralischen Widerstand der ganzen Welt auf einige Zeit aufrecht erhalten werden könnten, kann

Das verwunschene Schloß

Von Prof. Dr. Karl Vulzinger, Karlsruhe.

II.

Die noch heute stark wirkenden baukünstlerischen Eigenschaften von Gottesau, seine sichere ruhige symmetrische Gliederung, sein behäbiger Horizontalismus entsprechen ganz dieser großen Ordnung. Daran vermochten alle Schicksalsschläge und Brände, eine durch Spensterfurcht verursachte Aufgabe, aller zeitweiser Verfall ebensowenig etwas zu ändern, als die Einziehung von Zwischengebäuden und immer erneute Verengung seit dem Jahre 1871 durch die Anpassung an Kasernenvorschriften.

Die Zeit, welche das Schloß dem militärischen Zwecke zuführte, es war das Jahr 1818, die bautechnische Weinbrenner-epoche, ging nicht nur sehr schonend mit dem Gebäude um, sondern steigerte verständnisvoll seine Wirkung. Sie schloß sich dem Achsenprinzip des Hauptbaues an und betonte die O. W. Richtung und die W. Seite, als sie den Kranz von bescheiden niedrigen Pavillonen und Häuschen in Anlehnung an noch vorhandene Ökonomiegebäude (errichtet durch J. S. Arnold) entwarf. Man vergleiche z. B. den Plan von 1822.

Erst mit dem Bau der „neuen Gottesau“ durch Höpffter im Jahre 1871 wurde dieses wohlverdiente System entwertet, teilweise vernichtet. Freilich sah auch Höpffter, denn er war vielleicht einer der tüchtigsten dieser baukünstlerisch trostlosen Zeit, daß hier eine bauliche Einheit, ein stabiles Kunstwerk vorlag, denn er schreibt: „Die alten Gebäude sind regelmäßig nach Haupt- und Nebenseiten angelegt und es werden von ihm „nur innere Änderungen der alten Gebäude“ projektiert.“ Fast klingt es wie eine Entschuldigung, wenn er fortfährt: „die Vergrößerung konnte als lokalen Ursachen nur nach der nördlichen Seite gesehen“ und eigens betont, er habe sich in der Orientierung der Vorhandenen angelehnt. Trotzdem ergab er sich aus dem Projekt sehr weitgehende Eingriffe in den alten Bestand der Anlage.

Was aber blieb und teils noch besteht verlor nach und nach jede Beachtung. Man sah nicht mehr, wie das beginnende 19. Jahrhundert die prächtige Wirkung der westlichen Schloßfassade zur Geltung gebracht haben wollte. Man sah nicht mehr, wie taubvoll und mit weißer Zirkelhaltung die schlichten Stallgebäude mit ihren ruhigen Putzflächen und den wenigen segmentförmigen Fenstern verteilt waren, mit welcher sicherem Raumgefühl der Zugang hinter dem statischen Eisentor zwischen den eleganten Pavillonen zuerst als Rahmung für die Fernansicht eng geführt wurde, um sich dann zu einem Hof gerade so breit zu entwickeln, um die Schloßfassade in ihrer ganzen Ausdehnung als 4. glänzende Seite dem Blick zu zeigen. Der Kasernenhoffpumpsturm pflanzte hier eine sinnlose Kasernenreihe von der wie morsche Stockgäbe ein paar verwahrloste Exemplare regellos herumstehen, dabei aber den Blick auf die Fassade verdecken.

Die Schuppen sind in einem traurigen Zustand. Schmutz und Gerümpel staut sich zwischen ihnen und es sollte mich nicht wundern, wenn bald einmal einer zur Gewinnung von Biogefahren in aller Stille abgetragen würde. Und doch könnte diese keine Straße von dem Tor an der Wolfahrtsweg bis zum Schloß so leicht — auch mit den heutigen Mitteln — in seiner alten bestmöglichen Schönheit ersetzen. Was ist zu tun? Abschleifen! — Dann ein paar richtig gesetzte Bäume, statt der alten, so gepflanzten, daß sie Neues und Höchstes bald verdecken und besonders auch hinter dem Schloße die alten Studien wieder herstellen. Der Verwendung dieses Platzes als Viehmarkt wird diese Verpflanzung sicher nicht hinderlich sein. Man spricht ferner schon davon, Teile der Höfe für Heimgärten freizugeben. Ja, wenn dies nur unter einer einwilligen gartenbäuerlichen Leitung geschehen könnte, es wäre ideal! Die Heimgartenaufteilung an sich aber ist wegen ihrer Regelmäßigkeit, den vielen Hütten und Häuschen, Stangen und Steden, kurz wegen der fehlenden Unterordnung und der mangelnden bescheidenen Eingliederung in ein größeres Ganzes im allgemeinen, selbst wenn man sich bemüht, schmuck zu sein, ja gerade dann am meisten, sehr erfreu-

licher Anblick. Man ist in vieler Hinsicht an den Reihen burgähnlicher Willen aus den 80er Jahren erinnert, von denen jede ihren Raum, ihren Erker mit viel Zinblech und wenig Schmuck besaß, um damit den Nachbar zu überfordern und auszustechen. Man könnte sich zwar denken, daß der Versuch gelänge, die alten Kasernenhöfe auch mit Einzelbepflanzung einheitlich zu bepflanzen, hier Karoffel, dort Buschbohnen, nach außen Meterbohnen und Sommerkorn usw., aber alles in größeren Flächen als Stämmen kleinerer Teilstücke. Dazu könnte in den umliegenden Schuppen wohl Platz für die Aufbewahrung von Geräten geschaffen werden.

Am Schloß selbst ist wenig zu ändern. Es wird sich empfehlen, einige Katernen, Feuerleitern und Ähnliches aus der Kasernenzeit abzunehmen, ehe der Rest sie ohnehin zu Fall bringt. Eine unruhig gewordene Latrine östlich des Baues ist schon beseitigt — ein guter Anfang!

Wenn man an die Verpflanzung des östlichen Hofes herantritt, wird sich Gelegenheit ergeben, gleichzeitig mit ein paar Spaltenflächen nach dem Vorhandensein des romanischen Kirchleins und Klosterters zu tasten, das dem Schloßbau vorausging. (Gründung 1094.) Es könnte bei der genauen Kenntnis der einstigen Lage ein sehr erfolgreicher Versuch sein, jedenfalls würde es sich sofort zeigen, ob eine weitere Erhebung lohnt. Der Altermunster hat die Erfüllung dieser Ehrenpflicht gegenüber der ersten nachchristlichen Siedlung innerhalb des Karlsruher Stadtbereiches längst ins Auge gefaßt, doch man läßt den Plan ruhig reifen und wartet einen guten Zeitpunkt ab. Was geschieht unter dem Boden liegt drängt auch nicht. Es drängt hingegen die Erhaltung künstlerischen Gutes, das über dem Boden steht und bewachelt. Bewachelt und in der Höhe. Diesem Schicksal, das den für das Schloß so wichtigen Schutz- und Rahmenbauten der „Meierei Gottesau“ droht, möchten obige Zeilen entgegenwirken.

Wo sind die Streiter, die unser schönes Gottesau vor der Umgarung durch Straßen und Hofgärten, Beengerte und Befolmerer schützen?

und nicht mit Gewalt abgenommen werden. Die Sanktionen die Sanktionen nicht. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) Das Kabinett Cuno hält Regier als das zurzeit aktionsfähigste. Es werde wohl insb. in der Wirtschaftlichen Krisen ohne politischen Umsturz aufzuhalten. (Stürmischer Beifall.)

Frau Dr. Gertrud Bäumer (Berlin) zeigte in klaren einbringlichen Worten die heutige Einstellung des deutschen Volkes zur Republik. Zum Durchhalten im neuen Jahre mühten wir uns selbständig machen in allen Dingen, denn diese kommende Zeit der wirtschaftlichen Krise könne nicht mit den Mitteln der bisherigen Gewerkschaftspolitik richtig behandelt werden.

Es müsse die Erkenntnis bei den Massen angekrebt werden, daß uns nur Steigerung der Produktion durchsetzen und vorwärts helfen könne. Das Augenmerk müsse vor allem auch darauf gerichtet werden, daß Deutschland seine Qualitätsarbeit nicht verliert. Heute will die deutsche Jugend über ihre Fähigkeiten und Begabung hinaus nur ungelernete Arbeit tun, die schneller zum Verdienst führt. Dadurch wird die Mühe des Schulaufbaues und die Auslese der Fähigen unmöglich. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Darauf schloß der Vorsitzende die Versammlung und man sang stehend das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“.

Badische Übersicht.

Süddeutsche Landwirte und östliche Großagrarien.

In der Reichstagsitzung vom 15. Dezember 1922 hat der Reichstagsabgeordnete Dr. Heim sich zur Getreideumlage geäußert und da auch zur Agitation des Reichsbundes Stellung genommen. Dr. Heim führte u. a. aus:

Ich bin kein Anhänger der Zwangswirtschaft. Ich war es, so lange es notwendig war. Darum lege ich hier gern das Bekenntnis ab, daß ich mir keine Regierung denken kann, ganz gleich, aus welchen Parteien sie sich zusammensetzt, sei es auch aus der äußersten Rechten, wenn sie morgen an die Regierung kommt, die es wagen würde bei der wirtschaftlichen Gesamtlage unseres Volkes den wichtigsten Teil der Ernährung, nämlich die Brotversorgung, einfach dem freien Spiel der Kräfte zu überlassen. (Hört! Hört! links.) Das ist ein Standpunkt, den Sie aus meinem Munde nie anders gehört haben werden. (Hört! Hört! links.) Sagen Sie das denen da drüben (nach rechts). Ich sage es dem ganzen Hause Herr Kollege: Sie wünschen, daß die da drüben es hören. Hören Sie! Was bedeutet das mit dem Finger, mein Sohn? (Stürmische Heiterkeit. — Zuruf links.) Sie haben schon viel gesagt, Herr Kollege Hoffmann, das ist richtig; aber Sie haben mich ganz mißverstanden. Meine Ausführungen haben mit freier Wirtschaft und Zwangswirtschaft nichts zu tun. Ich habe von einer Sicherung gesprochen. Ich sage: es wird keine Regierung geben, die den Mut hat, hier einfach alles dem freien Spiel der Kräfte zu überlassen. Der Bund der Landwirte treibt bei uns in Bayern draußen ein agitatorisches Spiel. (Hört! Hört! links), das ist so unehrer, wie man es sich gemeiner und unehrer nicht vorstellen kann. (Beifall links: Hört! Hört!) Meine Herren, ich glaube, es ist im Reichstag niemand da, der nicht möchte, daß ich während der Tage der Kommissions-sitzungen über das Umlagegetreideverfahren mit aller Energie das Umlagegetreideverfahren bekämpfe. Mit einer der Herren der Rechten da, die mit mir in der Kommission waren, die das zu bestreiten wagen? — Da rührt sich keine Stimme. Allerdings, meine Herren, mache ich keine Politik, wie der Rasse im Parlamenten, sondern ich suche, wenn ich das Unheil nicht abwenden kann, es wenigstens abzumildern. Aber wie der Bund der Landwirte draußen die Dinge agitatorisch dreht, das ist eine Agitation, die ich mit gemeiner nicht vorstellen kann. (Hört! Hört! links.)

Meine Herren, es geht soweit, daß die Agitatoren vom Bund der Landwirte nach einem einheitlichen System sagen, ich wäre an dem 1. Juli bei der Abfassung hier gewesen, hätte mich aber auf den Abort gesetzt. (Große Heiterkeit.) Meine Herren (nach rechts), wenn Sie so weitermachen, so vergessen Sie damit in der gleichen Weise den Bauernstand, wie andere Stände bei uns schon vergiffen sind. (Sehr richtig! in der Mitte.) Ich möchte Ihnen sagen: Wachen Sie diese unehrer, gemeine Agitation zurück, sonst werden wir Ihnen zeigen, daß wir auch mit Ihnen die Schwertkreuze kriegen können. (Zuruf von der deutschnationalen Volkspartei: Fangen Sie in Bayern an!) — Herr Kollege, das ist eine merkwürdige Antwort, die mir nicht sehr tapfer scheint. Das kommt schon, warten Sie nur ab, und überlassen Sie es mir, welche Latz ich wähle. (Beifall links.) Sie sind ja Kopf darüber nicht!

In Bayern geht, wie der „Badische Beobachter“ dazu bemerkt, das Gerücht, der Reichsbund hätte 70 Millionen Mark bewilligt, um in Bayern den Kampf gegen Dr. Heim, die christlichen Bauernvereine und die Bayerische Volkspartei nachhaltig führen zu können. Wir wissen nicht, ob das Gerücht völlig zutrifft, aber zweifellos haben die östlichen Großagrarien von jeher ein großes Interesse daran gezeigt, auch die süddeutschen Kleinbauern vor ihren Augen zu spannen und lassen es sich schon etwas kosten. Der Grund dafür ist ein durchaus eigenartiger. Sie machen ja gelegentlich kein Hehl daraus, daß, wenn ihnen die süddeutschen Bauern z. B. die Produzenten des Edelweins „Eperenzien“ machen, sie über deren Interessen einfach zur Tagesordnung übergingen. Sie möchten auch in Süddeutschland, in Bayern, Württemberg und Baden die Bauern in der Hand haben, um gewisse von ihnen auch gewinnliche Wirkungen zu verhindern. Sie fürchten eine teilschlechte Siedlungspolitik im Osten; sie wollen keine Kleinbauern um ihre umfangreichen Güter und Schlösser haben. Das war ihre Tendenz von jeher, wie Adam Räder in einer seiner Schriften ganz klar nachgewiesen hat. Und darum gehen sie darauf aus, die gesamte deutsche Bauernschaft unter ihre Leitung zu bekommen und sind bereit dafür, etwas zu opfern. Gelungen wird es ihnen allerdings nie, auch wenn der Reichsbund sich anstrengt, den Zutreiber zu machen.

Bayerns Stellung zur national-sozialistischen Bewegung.

Die „Münchener Post“ übernimmt einen Teil des Leitartikels, den wir über die Verände der nationalsozialistischen Partei, auch in Baden propagandistischen Fuß zu fassen, gebracht haben, und sagt am Schluß: „Diese vernünftige und sozialpolitisch einzig mögliche Haltung nimmt man in Baden ein. Und in Bayern?“

Zur Kohlen-Anleihe des Badenwerks

schreibt die „Frankfurter Zeitung“ in einem Aufsatz des Handelsrats Herr Dr. v. d. Lan. über wertbefähigte Anleihen des folgenden:

Hier wird Kohle, und zwar in Höhe des Geldwerts von 100 Millionen bis 10 000 Millionen wertbefähigte Pfandbriefe IV, zur Grundlage der Anleihe-Konditionen gemacht,

obwohl das Baden-Werk über eigene Kohle nicht verfügt. Es verfügt aber über den mit der Kohle erzeugten Elektrizitätsstrom, dessen Preisstellung dem jeweiligen Kohlenwert zu folgen haben wird und auf diese Weise den Dienst der Anleihe derart sichern soll, daß diese wertbefähigt ist, abgesehen von der Bürgschaft, die das Land Baden für diese Kohlenanleihe — der Gesamtausgabebedarf scheint sich auf 30 Milliarden Mark zu errechnen — übernimmt. Das Risiko bei dieser Anleiheform liegt nun offensichtlich darin, daß, wenn etwa eine neue, und sehr weitgehende Preisbewertung der Marktwährung eintreten nur der Kohlenpreis entsprechend ansteigen würde, in den Kreisen der Abnehmer des Stroms ein Nachlassen, wenn nicht Verlagen der Bezugskraft denkbar wäre. In diesem immerhin möglichen Falle würde die Bürgschaft des Staates effektiv werden können und damit eine entsprechende Inanspruchnahme der Steuerkraft des Landes. Das wird zu beachten sein, da diese Anleihe als mündelbarer offenbar in hervorragendem Maße für die Sparer des Landes bestimmt ist. Es läßt sich eben nicht aus der Welt schaffen, daß das Risiko des Wertes der Eigenproduktion des Kohlenpreises, auf dessen Wert die Anleihe kalkulatorisch aufgebaut ist, ein gewisses Moment der Unsicherheit in sich birgt.

Selbsteinkehr in der Politik.

Kultus- und Unterrichtsminister Dr. Gelpach hat im „Heidelberger Tageblatt“ einen Neujahrsartikel geschrieben, der sich mit der von allen ersten Leuten geforderten Selbsteinkehr beschäftigt, die notwendig zu der Verinnerlichung gehört, unter deren Mangel wir leiden. H. a. schreibt Dr. Gelpach unter dem politischen Gesichtspunkt:

Die Selbsteinkehr muß aber handelnd sein, nicht bloß sinnend, jammern und anklagen. Und dieses Handeln muß den Mut aufbringen, uns von Einrichtungen wieder zu befreien, mit denen wir in der Innerlichkeit und Zerklüftung der Jahre 1918/19 uns selber die schlimmsten Ketten angelegt haben. Es gibt ihrer eine ganze Reihe — wirtschaftliche, soziale, politische; ihre politisch-schädlichste ist das Bismarckrecht, als ein Instrument geradezu negativer Auslese politischer Köpfe und Charaktere, und wenn ich den jungen Jahre 1923 einen besonderen politischen Neujahrswunsch auf den Weg geben darf, so ist es dieser: Noch in ihm möge das deutsche Volk den Entschluß finden, diese erste Aufbaumarbeit aus dem Phrasengemüll der 18er Revolution unterzogen in Angriff zu nehmen. Findet es diesen Mut nicht, so wird das Jahr 1923 die parlamentarische Demokratie Deutschlands weiter diskreditieren und einen Boden vorbereiten, auf dem eines Tages die Massen sich anderen Experimenten der Staatsgestaltung gedankenlos in die Arme werfen werden.

Dazu bemerkt der „Badische Beobachter“:

Man mühte in der Tat lägen, wenn man behaupten wollte, das Bismarckrecht, wie es im Jahre 1919 eingeführt wurde, sei durch die bisherigen Erfahrungen mit ihm populär geworden. Der Proporz ist unter den bisherigen das gerechteste System. Seine Durchführung in der Praxis hat aber auf Schattenseiten des Systems aufmerksam werden lassen, die man vorher nicht so gekannt hat, wie man sie jetzt kennt. Die Frage ist, wie man sich dagegen wagt und ob es ein Proporzsystem gibt, bei dem die bisher hervorgetretenen Mängel, die übrigens jedes System mehr oder weniger hat, auf ein Minimum zurückgeführt werden. Dabei sind die Erfahrungen zu Rat zu ziehen, die in anderen Ländern inzwischen mit anderen Proporzsystemen gemacht worden sind. Wir glauben nicht, daß sich irgend ein politisch-Einstichtiger der Erkenntnis verschließt, daß unser Wahlsystem verbesserungsbedürftig, aber auch verbesserungsfähig ist.

Der drablose Wirtschafts-Rundspruchdienst

Der Reichstelegraphenverwaltung, der bekanntlich in der Weise vor sich geht, daß die Eildienst G. m. b. H. in Berlin täglich zweimal über die Hauptfunkstelle in Königs Wusterhausen drahtlos-telephonisch Wirtschaftsnachrichten verbreitet, die in ganz Deutschland durch die bei den Bezüchern selbst aufgestellten Funkempfangsanlagen unmittelbar und gleichzeitig aufgenommen werden, hat sich während der viermonatigen Versuchzeit durchaus bewährt. Von den Rundspruchnehmern wird anerkannt, daß die Nachrichten sehr rasch und gut verständlich empfangen werden. Das Verfahren gestaltet sich so, daß z. B. die Westpreussische Wörternachrichte nach der Feststellung in Nowyork sofort via Rauen nach Berlin herübergeschickt und im unmittelbaren Anschluß daran durch den drahtlosen Rundspruchdienst den Bezüchern zugeführt werden, so daß sie schon etwa 10 Minuten nach ihrer Feststellung in Nowyork in den Händen der deutschen Bezücher sind.

Der Dienst, der bisher nur verfuhrweise eingerichtet worden war, soll nunmehr auf eine feste Grundlage gestellt werden. Dazu ist eine neue Gebührensatzung vom 1. Januar an notwendig geworden. Die Gebühren können mit Rücksicht auf die hohen Selbstkosten nicht niedrig sein; die Teilnehmergebühr besteht aus dem Grundbeitrag von 10 000 M. und dem Teuerungszuschlag (z. B. dem 30fachen), was einen Jahresbeitrag von 300 000 M. ergibt. Dazu kommen noch die Einrichtungskosten der Empfangsstellen, die Sendekosten usw. sowie schließlich die der Eildienst G. m. b. H. selbst zuzurechnende Gebühr für die Beschaffung der Nachrichten.

Kurze Nachrichten aus Baden.

* Nr. 92 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Verordnung: des Ministeriums des Kultus und Unterrichts: die Feststellung, Erhebung und Verrechnung der Ortskirchensteuer in evangelischen Kirchengemeinden in Baden.

G. Freiburg, 8. Jan. Der Leipziger Thomas-Mantor Professor Dr. Karl Straube vollendete am 6. Januar sein 50. Lebensjahr. Der als führender Organist und Lehrer Deutschlands bekannte, um die Wiedererweckung der Kunst des Bach- und des Durchbruchs der Kunst Max Regers hochverdiente Künstler wurde vor einigen Tagen von der Philosophischen Fakultät der Universität Leipzig zum Ehren doktor promoviert, nachdem er kurz zuvor zum ordentlichen Mitglied des kaiserlichen Instituts für musikwissenschaftliche Forschung zu Würzburg ernannt worden war. Seit der Einweihung der Pratorius-Orgel des musikwissenschaftlichen Seminars der Universität Freiburg i. Br. am 4. Dezember 1921 und den weiteren Vorführungen dieser berühmten Orgel durch Professor Straube im Juli 1922 ist die Aufmerksamkeit auch der süddeutschen Musikwelt auf seine unvergleichliche Meisterschaft in der musikalischen Interpretationskunst und auf seine wertvollen Ausgaben aller und neuer Orgel- und Chormusik immer stärker geworden. Die herzlichsten Wünsche des musikwissenschaftlichen Seminars der Universität Freiburg begleiten den auf der Höhe seiner Schaffenskraft stehenden Künstler auf seinem ferneren Lebensweg.

Aus der Landeshauptstadt.

Sinfoniekonzert in der Festhalle. Kapellmeister Seeber von der Hise veranstaltet am Montag, 16. Januar, wiederum mit dem verstärkten Bad. Landestheaterorchester ein Sinfoniekonzert größten Stils, bei dem durchweg neue Kompositionen zur Aufführung gelangen, und zwar von Otto Wejda, Max von Schillings, Paul Ertel und Rud. Langgaard. Otto Wejdas Ouverture „E. T. A. Hoffmann“ ist voll phantastischer Einfälle. Als zweites Werk gelangen vier Zwiefänge für Sopran und Tenor von Max von Schillings zur Aufführung, die von Frau von Wollen und Herrn Willi Bicken hier erstmalig zu Gehör gebracht werden. In der symphonischen Dichtung „Kompete“ lernen wir den Komponisten Paul Ertel kennen. Von Rudolf Langgaard hört man seine Symphonie Nr. 5, die er selbst dirigieren wird. Dieses vielversprechende Konzert wird für Karlsruhe ein Ereignis sein. Um der Veranstaltung eine große Zuhörerschaft zu sichern, hat die Geschäftsleitung äußerst billige Preise gestellt. Kartenverkauf in der Musikalienhandlung Frick Müller.

Badischer Kunstverein. In Ergänzung unserer Mitteilung über den Badischen Kunstverein sei noch mitgeteilt, daß der Jahresbeitrag für das Jahr 1923 auf 300 M. festgesetzt worden ist.

Kaninchenzuchtverein (Stammverein) Karlsruhe. In der Schrempfchen Brauerei fand am Sonntag nachmittag die ordentliche Generalversammlung des Vereins statt, welche sich eines zahlreichen Besuches zu erfreuen hatte. Der 1. Vorsitzende, Herr Mehne, begrüßte die Mitglieder im neuen Jahr und erteilte dem Schriftführer, Herrn Diebe, das Wort zur Erstattung des Geschäftsberichts. Es fanden 27 Mitglieder- versammlungen, 3 Vorstandssitzungen, 1 außerordentliche und 1 Generalversammlung statt, ferner 2 Ausstellungen und 1 Markt. Gestorben sind 3 Mitglieder. Den Kassenbericht erstattete der Kassier, Herr Bösch. Die Finanzlage des Vereins darf als eine geordnete angesehen werden, so daß ein Überschuß erwirtschaftet werden konnte. Vereine wie hier, denen auch die Futterbeschaffung obliegt, bedingen in der heutigen Zeit eine kräftige Unterlage, da die Futterbeschaffung heute nicht nur eine schwierige, sondern auch eine teure Sache ist. Den eingelaufenen Anträgen entsprechend wurde beschlossen, daß nur noch allmonatlich und zwar am 1. Samstag im Monat eine Versammlung stattfinden soll; ferner sollen die Viehschlachte, welche nicht abgemästet wurden, an andere Mitglieder vergeben werden; ferner sollen für ausgetriebene Käfige höhere Sätze in Anrechnung kommen. Weitere Anträge betrafen Futterbezug, Pelzhurs, wegen letzterem soll mit dem Gauverband in Verbindung getreten werden. Die neuen Satzungen wurden verlesen und einstimmig angenommen. Der Beitrag wurde auf 50 M. pro Quartal festgesetzt. Die Lokalausschreibung wurde auf den 11. März in Aussicht genommen. Bei den Neuwahlen wurde der seitherige Vorstand mit Ausnahme des 2. Vorsitzenden und des 2. Kassiers, welche eine Wiederwahl ablehnten, per Affirmation wiedergewählt. Die Gratifikation des 1. Vorsitzenden, Schriftführer und Kassiers wurden auf das Fünffache erhöht. Dem seitherigen Gesamtvorstand wurde der Dank der Versammlung zum Ausdruck gebracht. Der Gesamtvorstand besteht aus den Herren Mehne, Diebe, Bösch, Stiller, Diebe, Link, J. Fischer, S. Fischer, Stoder, Lampert, Demmrich, Weingärtner, Gmann, Weinspach und Rittershofer. Nach einigen kleineren Mitteilungen und Beantwortung einiger Anfragen konnte die Versammlung gegen 6 Uhr geschlossen werden.

Freie Aussprache.

Als verfassungsmäßig anerkannt, von den übrigen reichstümlichen Teil abgeordneten Reichstagsmitgliedern Beschlüssen und Anträgen mit allen Parteilosen, um auf diese Weise eine freie Aussprache zu ermöglichen. Selbstverständlich beweist sich diese Aussprache außerhalb der politischen Verantwortung der Reichstagsmitglieder.

Anweisung der Bezüge der Ruhegehaltsempfänger u. Witwen.

Man schreibt uns: „Die Bezüge der Ruhegehaltsempfänger und Witwen werden durch das Finanzministerium festgelegt und durch die Landeshauptkasse zur Auszahlung gebracht. Es ist begreiflich, daß diese Arbeiten bei der großen Zahl der in Betracht kommenden Personen geraum Zeit in Anspruch nehmen. Leider macht sich aber die Teuerung bei dieser Gruppe von ausgeschiedenen Beamten am meisten fühlbar und es ist sehr zu bedauern, daß die Zahlung der Ruhegehaltsbezüge und der Witwenbezüge erst dann eintritt, wenn die Teuerung schon soweit vorgeschritten ist, daß die errechneten Bezüge keinen Wert mehr haben bezw. wenn die Kaufkraft sehr erheblich gesunken ist. „Wer schnell gibt, gibt doppelt“ gilt auch hier. Wir machen den Vorschlag, das Finanzministerium möge die Zahlung der Bezüge für die Ruhegehaltsempfänger und für die Witwen durch die zuständigen Scheckausstellungsbehörden für die aktiven Beamten anweisen lassen und die Pensionen und die Witwenbezüge von denjenigen Behörden berechnen lassen, die für die letzte Dienststelle des Beamten in Betracht kommen. Die nötigen Unterlagen können einmalig vom Finanzministerium den zuständigen Behörden mitgeteilt werden — die Berechnung der Bezüge ist nach den zurzeit geltenden Bestimmungen verhältnismäßig einfach und leicht. Dadurch könnte wohl erreicht werden, daß die Pensionen und Witwenbezüge schnell und sicher an die Empfänger bezahlt werden können — während sie jetzt kostbare Zeit verlieren müssen, bis sie von ihren Bezügen Gebrauch machen können.“

Staatsanzeiger.

Auf Grund der §§ 936, 936a R.B.O. wird der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter für den Bezirk des Versicherungsamts Eberbach mit Wirkung vom 12. März 1923 festgesetzt wie folgt:

Bezirk des Versicherungsamts oder der Gemeinde:	Durchschnittlicher Jahresarbeitsverdienst für Versicherte im Alter von							
	über 21 Jahren		16 bis 21 Jahren		14-16 Jahre.		unter 14 Jahren	
	minim.	maxim.	minim.	maxim.	minim.	maxim.	minim.	maxim.
Eberbach	3000	6000	7000	4500	5000	3500	3000	3000

Rannheim, den 4. Januar 1923.

Bad. Oberversicherungsamt.

Reichsbankdiskont 10 Lombardfuß

7. Ziehungsliste der Deutschen Spar-Prämienanleihe von 1919

(Ziehung vom 2. Januar 1923)

Bei der heutigen Gewinnverlosung wurden gezogen: Reihe A. bis D.
— Die gezogenen Gruppen und Nummern gelten für alle vier Reihen —
Die Nummern, welchen kein Betrag in () beigelegt ist, sind mit 1000 Mark gezogen.

Gruppe 9 Nr. 355 (50.000), 47 373 (5000), 18 146 (200.000), 22 159 (10.000), 33 355, 42 383, 52 70 (3000) 227, 53 284, 56 309, 58 109 (5000), 66 158, 61 179 (3000), 64 233, 66 30, 67 123 235 (5000), 68 394, 72 71, 73 372 (3000), 81 57, 88 141 (2000), 85 353 (10.000), 105 354 (2000), 112 173 (25.000), 118 253 (3000), 122 387, 123 163 (3000) 363 (2000), 138 36 (10.000), 144 329, 145 138 (2000), 148 123 (5000), 155 388, 163 265 (3000), 164 385 (3000), 176 153 (3000), 183 329, 187 57, 188 77 (2000), 190 37, 191 183, 205 74, 208 309 (3000) 349, 216 41 (5000), 219 50, 221 114, 224 61, 228 373, 247 135 (2000), 252 303, 259 213, 274 335 (5000), 277 398 (10.000), 279 178, 281 4 (3000), 292 353 (5000), 294 49 (3000), 306 122, 318 261, 324 319 (2000), 331 331 (150.000), 336 276, 338 382, 359 163 (3000), 354 149 (5000), 376 29 375 (100.000) 381, 389 291, 389 99 (3000), 383 291 (2000), 384 360 (5000), 385 85 (10.000), 386 211, 388 143 (3000), 412 355, 417 396 (50.000), 447 172, 463 14, 467 88 (10.000), 469 224 (5000), 473 209 (3000), 482 31, 484 116, 491 38, 495 82 (2000), 496 15 (100.000), 500 105, 503 334, 504 14 (2000), 516 398 (2000), 519 298, 529 229, 535 78, 548 197, 551 114 (2000), 558 63 (3000), 576 282 (2000), 582 361, 599 314, 607 263 (2000) 319, 608 176 (2000) 378, 611 81 (5000), 613 303, 613 132 (3000), 614 237 (25.000) 272 (3000), 629 102 (10.000), 636 87, 637 21, 637 123 (3000), 643 171 (10.000), 660 190 (5000) 169, 669 98 (50.000), 671 356, 686 386, 691 319 (5000), 694 356 (25.000), 704 137 (5000), 706 262 (3000), 710 206 (5000) 219, 711 398 (3000), 729 20 (5000), 727 61 (5000), 732 167 (25.000), 738 371 (3000), 739 291, 752 156, 755 140, 761 11 (3000), 763 166 (3000), 764 162 (3000), 765 176 (2000), 770 10, 772 323 (5000), 773 145 (5000), 778 286 (5000), 788 103 (3000), 790 136 (2000) 249, 799 30 (10.000), 808 213 (10.000) 366, 811 56 (100.000), 813 50 (3000), 822 222, 823 25, 833 68 (2000), 847 249, 849 96, 854 201 250 (5000), 855 228 (3000), 859 106 (3000), 867 157 (5000), 870 173 (5000), 872 116, 873 95, 885 122 (3000) 255 (3000), 888 109, 891 388, 892 139, 894 185 (5000), 895 167, 908 208 (5000), 908 245 (2000), 909 248, 911 91, 912 107, 922 91 (2000), 925 192 (3000), 921 79 (5000), 937 36 (5000), 939 39 117 (2000), 941 213 (3000), 943 48 172, 945 107 (25.000), 946 90, 947 2 (3000), 948 152, 949 89 (10.000) 359 (2000), 951 214, 953 384, 956 81 84 (2000), 958 136, 960 125, 968 194 (2000), 977 354 (5000), 988 18 190 (5000), 997 134, 1003 319 (50.000) 398 (2000), 1006 289 (10.000), 1010 279 (3000), 1017 164 (2000), 1019 103 (3000), 1020 120, 1027 105 (10.000), 1029 337, 1039 118 (3000), 1033 237 (10.000), 1043 43, 1044 89 (5000), 1046 353, 1052 273, 1057 337 (5000), 1060 89 (2000), 1068 8, 1106 14 (2000), 1114 77 174 (500.000), 1115 56 (2000), 1118 101, 1127 35, 1128 179 (3000), 1135 378 (2000), 1136 159 (2000), 1138 391 (5000), 1156 334 (2000), 1157 82, 1163 57, 1165 390, 1166 24 328 (3000), 1171 103 (50.000), 1184 285 (2000), 1187 2 (2000), 1195 15 (3000), 1202 94, 1204 133 (3000), 1207 70 (3000), 1222 34 (2000), 1213 323 (50.000), 1224 184, 1225 213 (10.000), 1226 121 (5000), 1232 124 (3000), 1233 322, 1242 4 (5000), 1243 54 (5000), 1244 91 (3000), 1254 13 (300.000) 114 (2000) 280, 1259 217, 1269 156 283, 1270 65 (3000), 1271 151 (5000), 1273 239 (50.000), 1274 30 (2000), 1289	235 (5000), 1233 325 (25.000), 1236 328 (25.000), 1239 387, 1300 188 (50.000), 1304 202 (10.000), 1305 315, 1306 58 (3000), 1311 127, 1312 219 (2000), 1318 351, 1319 389, 1324 135 (1.000.000), 1328 163, 1341 168 (5000) 399, 1342 374, 1347 338 (10.000), 1350 242 291 (3000), 1354 130, 1367 122, 1388 233 (5000), 1370 33, 1379 168 (50.000), 1386 200 (25.000), 1391 172 (100.000), 1395 201, 1405 11, 1414 298 (2000), 1425 345, 1435 313 (2000), 1442 325 (10.000), 1448 129, 1462 43, 1469 389 (3000), 1475 95, 1493 257 (25.000), 1496 111 (5000) 228 (2000), 1498 169 (2000) 391, 1502 107 (3000), 1519 219 310 (2000), 1523 155 (3000), 1533 30 (3000), 1545 310, 1548 389, 1552 121 (10.000) 123 (3000), 1558 161 (10.000), 1559 375 (2000), 1569 182 (2000) 377 (25.000), 1565 83 (10.000), 1568 373 (3000), 1571 389 (10.000), 1585 65 (5000), 1590 378, 1592 94, 1595 301 (2000), 1603 393 (2000), 1606 108 (3000), 1610 15 (2000), 1612 253, 1613 171 (2000), 1615 239, 1622 339, 1624 166 (3000), 1626 149, 1636 115, 1638 196, 1641 323 (10.000), 1642 324 (25.000), 1648 188, 1650 59 (10.000), 1667 322 (10.000), 1671 288 (10.000), 1682 360 (2000), 1683 36 (3000), 1690 364 (2000), 1692 285, 1693 209 (3000), 1707 854 (3000), 1710 200 (2000), 1710 24, 1714 121 (3000) 237 (3000), 1733 354, 1735 159 (150.000), 1740 372, 1742 75 (3000), 1759 52, 1763 312, 1767 235 (2000), 1771 138 (3000), 1772 385 (3000) 400 (10.000), 1778 300 (2000), 1783 163 (2000) 198 (2000) 350, 1785 270 (2000), 1794 244, 1794 189 (3000), 1800 141 (5000), 1804 358 (3000), 1807 196 226 (2000), 1808 271 (5000), 1810 244, 1838 400, 1845 310 (2000), 1848 100 (3000) 181 (3000), 1851 140, 1857 220 (2000), 1863 20, 1871 105 (10.000), 1872 214 (2000), 1877 226, 1878 166, 1880 316 (25.000), 1886 216 (10.000), 1895 330 (2000), 1896 95, 1899 30 (10.000) 257 (25.000), 1903 280 (5000), 1909 30 (3000), 1923 339 (3000), 1931 266 (2000), 1932 391 (3000), 1937 42 (25.000), 1939 16, 1949 297 (3000), 1951 96 (5000), 1953 193 (10.000), 1960 182 (3000), 1963 70 268 (10.000), 1973 187, 1984 104 (3000), 1987 363 (5000), 1992 106 (5000), 1995 168, 1997 361 (5000), 1999 215 (10.000), 2008 201 (2000), 2014 280 (25.000), 2016 239, 2027 174, 2039 60, 2049 168, 2054 282 (2000), 2062 392 (25.000), 2064 30 (5000), 2070 382, 2081 283 (3000), 2082 288 (2000), 2096 321, 2100 272, 2103 369, 2114 68, 2119 278, 2148 233 (3000), 2159 248 (2000), 2167 388 (2000), 2174 04 (3000), 2186 62 288 (10.000), 2188 188, 2199 293 (3000), 2194 190 (5000), 2210 323, 2212 254 (5000), 2221 138 (5000), 2226 102 (2000), 2240 392 (3000), 2241 368, 2257 313 (10.000), 2259 227, 2261 192 (3000) 213 (2000), 2272 131 (2000) 200 (2000), 2285 46 (25.000), 2288 276 (5000), 2294 114 (25.000) 156, 2295 190 (10.000), 2297 61 (5000) 173, 2301 393 (10.000), 2304 363 (5000), 2308 67 (2000), 2309 116 171 (5000), 2314 352, 2321 168, 2323 219, 2324 300, 2325 238 (5000), 2331 358, 2341 393 (2000), 2354 167 359 (10.000), 2357 296, 2363 17 (10.000), 2364 143, 2365 314 347, 2368 119 (10.000), 2377 279, 2382 177, 2387 287 (3000), 2393 343 (3000), 2394 35 (50.000), 2397 267 (3000), 2407 322, 2408 246 245 (3000), 2407 45, 2426 146 (25.000), 2432 135, 2436 237 (5000) 288 (2000), 2450 323 (5000), 2452 62, 2476 382, 2478 354 (25.000), 2486 233 350 (3000), 2493 29 (3000), 2497 154, 2499 380 (2000)
--	--

im ganzen 2000 Gewinne im Gesamtbetrag von 20 000 000 Mark.
Die Gewinne werden unter Abzug von 10 v. H. ausbezahlt.
Die Auszahlung der Gewinne erfolgt vom 1. März d. Js. an durch Vermittlung sämtlicher Reichsbankanstalten. Die mit Gewinn gezogenen Stücke können diesen Stellen bereits vom 1. Februar d. Js. an zur Prüfung eingereicht werden. Bei der Auszahlung der Gewinne werden die zu deren Abhebung eingereichten Stücke zurückgegeben, nachdem sie mit einem Vermerk über die Auszahlung versehen worden sind.
Die Vorschriften der Verordnung über Maßnahmen gegen die Kapitalflucht vom 24. Oktober 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 1820) finden bei der Auszahlung der Gewinne keine Anwendung. Am 2. Juli 1923 wird die nächste Gewinn- und Tilgungsziehung stattfinden, bei der außer 2000 Gewinnen im Gesamtbetrag von 20 Millionen Mark noch 20 000 Gewinne (Bonus) zu 1000 Mark und 40 000 Tilgungen zu 1200 Mark zur Auslösung gelangen.

Nachstehende Anleihscheine sind vom Amtsgericht Berlin-Mitte zum Zwecke der Kraftloserklärung ausgeben worden:
Gruppe 18 Nr. 157 Reihe B, 43 bis 45 (130 D), 58 (242 D), 60 (252 C), 142 (46 C), 147 (70 D), 163 (252 C), 209 (158 A), 315 (13 D), 315 (70 C), 325 (149 D), 330 (372 A), 348 (263 A), 413 C, 414 (117 B), 458 (119 C), 459 u. 460 (119 C), 467 (55 B), 479 (197 C), 557 (372 A), 589 bis 598 (244 D), 645 (322 C), 660 (203 C), 678 (250 B), 725 (144 B), 731 (79 C), 808 (192 D), 849 (229 C), 901 (300 D), 912 bis 917 (245 A), 933 (106 B), 940 (66 D), 983 (320 D), 985 (75 B), 1090 (133 C), 1123 (196 A), 1140 (123 C), 1206 u. 1207 (118 B), 1217 (205 D), 1301 bis 1303 (274 B), 1334 bis 1335 (167 B), 1452 (137 B), 1497 (137 B), 1498 bis 1500 (273 B), 1548 (98 D), 1555 (249 D), 1559 (204 D), 1574 (167 D), 1599 (104 C), 1784 (217 B), 1973 (318 C), 1974 bis 1976 (318 C), 2024 (210 A), 2035 u. 2036 (111 D), 2046 (299 C), 2100 (310 A), 2110 (85 D), 2110 u. 2111 (310 C), 2121 bis 2123 (304 D), 2211 (117 D), 2255 (39 B), 2352 u. 2353 (291 B), 2399 u. 2391 (293 C), 2412 u. 2413 (311 A), 2443 u. 2444 (244 C), 2479 u. 2480 (313 C), 2486 (10 D), 2495 bis 2497 (310 A), 2497 (14 D), 2506
Interessanten können Aufgebotsstein und Geschäftszeichen des Amtsgerichts Berlin-Mitte von der Kontrolle der Staatspapiere in Berlin SW 68, Oranienstr. 92/94, erfahren.
Berlin, den 2. Januar 1923.
C. 5504.

Sonderdrucke dieser Ziehungsliste, der Restliste (Verzeichnis der Rückstände) vom 15. Juni 1923 sowie der 6. Ziehungsliste vom 1. Juli 1923 sind zu beziehen vom Verlag der „Allgemeinen Verlosungsstabellen“ in Grünberg Schlesien unter Voranschickung des Betrages (Postcheckkonto Breslau 12347) zum Preise (einschl. Porto): 1 Stück 20 M., 2 Stück Ziehungs- oder Restlisten nach Wahl 30 M., 5 Stück 60 M., 10 Stück 120 M., 50 Stück 600 M., 100 Stück 1100 M.: bei größerem Bedarf Preise nach Anfrage beim Verlag in Grünberg Schlesien.

Detektiv Institut
„Mannheim“
Argus
R. Maler & Co., G. m. b. H.

Holl. Torfstreu in Ballen
liefert laufend in Wagenladungen frachtfrei jeder Station billigst.
W. F. Pfeiffer, Karlsruhe
Augustenstr. 75. Futterhandlung. Telefon 5544.

Sädingen. O.554
Rechtsregisterneueintrag
Nr. 40: Gesangsverein
Eintracht Schwörstadt mit
Sitz in Schwörstadt.
Sädingen, 29. Dez. 1922.
Bd. Amtsgericht.

Mannheim. O.500
Zum Vereinsregister Bd.
IX O.-Z. 23 Verband der
Mannheimer Musiklehrer-
kräfte in Mannheim wur-
de heute eingetragen:
Der Vereinsname ist ge-
ändert in Verband der
Mannheimer Musiklehrer-
kräfte in Mannheim.
Mannheim, 22. Dez. 1922.
Bd. Amtsgericht B. G. 4.

Fortsetzung des Zentral-Handelsregisters

St. Blasien. O.563
Zum Handelsregister B
Band I O.-Z. 4: Firma
Sanatorium Wehrwald,
Gesellschaft mit beschränk-
ter Haftung in Todtnau,
wurde heute eingetragen:
Karl Wegler, Direktor in
Todtnau, ist aus der Ge-
schäftsführung ausgeschie-
den; statt seiner ist Got-
lob Kretzer, Direktor in
Todtnau, zum Geschäftsfüh-
rer bestellt.
St. Blasien, 2. Jan. 1923.
Der Gerichtsschreiber
Bd. Amtsgericht.

Schopfheim. O.588
Zum Handelsregister Ab-
teilung B O.-Z. 21 wurde
eingetragen: Spinne-
rei Ahenbach, Aktiengesell-
schaft Schopfheim.
Der Gesellschaftsvertrag
ist am 20. Dezember 1922
festgestellt. Gegenstand des
Unternehmens ist: Über-
nahme u. Fortbetrieb der
von der offenen Handels-
firma Spinnerei Ahen-
bach in Schopfheim betrie-
benen Spinnerei. Der Ge-
genstand ist im einzelnen
festgelegt. Die Gesellschaft
kann sich bei ähnlichen Un-
ternehmen beteiligen. Sie
kann Niederlassungen und
Verkaufsgeschäfte gründen.
Die Gesellschaft kann zum

Zweck ihres Betriebes
auch Grundstücke erwer-
ben. Sie ist im Rahmen
ihres Geschäftszweckes
auch befugt, Interessenge-
meinschaften wie Kartelle
und Syndikate abzuschlie-
ßen. Das Grundkapital
beträgt 20 000 000 M.
Zwanzig Millionen Mark
— und ist eingeteilt in
20 000 Stück Inhabersakti-
en von je 1000 M.
Die Gründer der Ge-
sellschaft sind:
1. Alfred Krafft, Kom-
merzienrat in St. Blasien,
2. Frau Kommerzienrat
Maria Krafft in St. Blasien,
3. Otto Krafft, Fabri-
kant in St. Blasien,
4. Frau Elise Rab-
Krafft in Gernsbach,
5. Franz Krafft, Fabri-
kant in St. Blasien,
6. Fritz Krafft, Dipl.-
Ing. in St. Blasien,
7. Frau Anna Kom-
merzienrat Witwe in Schopf-
heim,
8. Fräulein Elisabeth
Krafft in Schopfheim,
9. Ernst Mayer-Krafft,
Kommerzienrat in Schopf-
heim,
10. Frau Kommerzien-
rat Alice Mayer-Krafft in
Schopfheim,
11. Otto Wally, Kom-
merzienrat in Schopfheim,
12. Dr. Herbert Wally,

Kaufmann in Frankfurt
a. M.,
13. Alfred Wally, Fa-
brikant in Schopfheim,
14. Walter Wally, Fa-
brikant in Schopfheim,
15. Dr. Karl Sutter,
Professor in Freiburg,
16. Hermann Sutter,
minderjährig in Freiburg,
vertreten durch den Ple-
ger Rechtsanwalt Sieg-
fried Straub daselbst,
17. Johanna Sutter,
minderjährig in Freiburg,
vertreten durch den Ple-
ger Rechtsanwalt Dr.
Hermann daselbst,
18. Alfred Mayer, In-
genieur in Steglitz,
19. Alfred Schich-Im-
hoff, Fabrikant in Ahen-
bach,
20. Karl Jaeslin, Kauf-
mann in Basel,
21. Dr. med. Karl Hü-
bner in Basel,
22. Eberhard Schich,
Privatier, wohnhaft in
Castel san pietro, z. St. in
Basel,
23. Dr. Heinrich Schich,
Chemiker in Torre de
Passeri,
24. Dr. Emanuel
Schich, Chemiker in Rud-
wigsdorf a. Rh.,
25. Wilhelm Herrmann,
Kaufmann in Karlsruhe,
sämtlich persönlich haftende
Gesellschafter der offe-
nen Handelsgesellschaft in

Firma Spinnerei Ahen-
bach in Schopfheim. Sie
bringen als Einlage in die
Aktiengesellschaft ein, das
von der Spinnerei Ahen-
bach in Schopfheim betrie-
bene gesamte Geschäfts-
unternehmen mit allen
Aktiven, insbesondere den
Aufbeständen, Maschinen,
Werkzeugen, Warenbestän-
den, Patenten und Ge-
brauchsmustern und allem
Zubehör, sowie dem zum
Geschäftsunternehmen ge-
hörigen Grundstücken. Die
Einbringung dieses Ge-
schäftsunternehmens er-
folgt laut einer, auf
Grundlage der Bilanz vom
31. Oktober 1922 gefestig-
ten Aufstellung. Die
dort bei den Gegenständen
einzelnen angegebenen Bi-
lanzposten ergeben zu-
sammen 147 624 163,70 M.
Außerdem bringen sie ihre
sämtlichen Forderungen
aus Kapitaldarlehen und
laufenden Darlehen gegen
die Gesellschaft hiermit
ein. Mit eingebracht und
von der Aktiengesellschaft
übernommen werden die
in der in Bezug genom-
menen Aufstellung aufge-
führten Passiven der offe-
nen Handelsgesellschaft im
Gesamtbetrag von Mark
105 672 913,70. Nach dem
Vorstehenden ist das Ein-
bringen des Geschäftsun-

ternehmens und der For-
derungen gegen die offe-
ne Handelsgesellschaft mit
M. 41 951 250.— zu bewerten.
Als Entgelt für das ein-
gebrachte Unternehmen u.
die eingetragenen Forde-
rungen werden den
genannten Mitinhabern
der offenen Handelsgesell-
schaft in Firma Spinne-
rei Ahenbach in Schopf-
heim 20 000 Aktien über
je 1000 M. zum Nennwert
überwiesen und von ihnen
übernommen. Der Ge-
samtanfangswert, welcher zu
Lasten der Aktiengesell-
schaft für die Kosten der
Gründung und Vorbereitung
einschließlich der
Stempel und Steuer ge-
wahrt wird, beträgt M.
4 124 000.
Die Gesellschaft wird ge-
richtlich und außergerich-
tlich durch den Vorstand,
der aus einer oder meh-
reren Personen (Direkte-
ren) besteht, vertreten.
Besitzt der Vorstand aus
mehr als einer Person, so
bedarf es zur rechtsgülti-
gen Zeichnung der Firma
der Mitwirkung zweier
Vorstandsmitglieder, oder
eines Vorstandsmitgliedes
und eines Prokuristen
oder zweier Prokuristen.
Es ist auch zulässig, daß
Vorstandsmitgliedern oder
Prokuristen das Recht zur

Einzelzeichnung durch
übereinstimmenden Be-
schluß des Vorstehenden u.
des stellvertretenden Vor-
stehenden des Aufsichtsrates
erteilt wird.
Die Bestellung des Vor-
standes und der Prokuris-
ten ebenso wie der Ab-
beruf erfolgt durch den
Aufsichtsratsvorsitzenden,
in Gemeinschaft mit dem
stellvertretenden Aufsicht-
ratsvorsitzenden und, wenn
einer dieser beiden Herren
auf längere Dauer ver-
hindert ist, mit einem von
den Nichtverhinderten aus-
zuwählenden andern, von
der Generalversammlung
gewählten Aufsichtsrats-
mitglied. Diese regeln auch
beim Vorstand die auf das
Anstellungsverhältnis be-
züglichen Maßnahmen.
Die von der Gesellschaft
ausgehenden Bekanntma-
chungen erfolgen in dem
Deutschen Reichsanzeiger.
Der Aufsichtsrat ist be-
fugt, weitere Festsetzungen
zu bestimmen, jedoch derart,
daß die Veröffentlichungen
im Reichsanzeiger für die
Gültigkeit der Bekannt-
machungen genügt.
Die Berufung der Ge-
neralversammlung erfolgt
durch öffentliche Bekannt-
machung unter Angabe
des Tagesordnungsgegen-
standes des Aufsichtsrates
oder des Vorstandes. Die Be-
kannmachung muß im
Deutschen Reichsanzeiger
mindestens 17 Tage vor
der Generalversammlung
veröffentlicht werden; der
Tag der Berufung und
der Tag der Versammlung
ist hierbei nicht mitzuzer-
echnen.
Zum Vorstand sind be-
stellt:
Paul Günter, Kauf-
mann in Schopfheim und
Alfred Schich-Imhoff,
Direktor in Ahenbach.
Die Mitglieder des Auf-
sichtsrates sind:
1. Otto Krafft, Fabri-
kant in St. Blasien,
2. Walter Wally, Fabri-
kant in Schopfheim,
3. Ernst Mayer-Krafft,
Kommerzienrat in Schopf-
heim,
4. W. Preiswert-Im-
hoff, Kaufmann in Basel,
5. Rudolf Rab, Fabri-
kant in Gernsbach,
6. Franz Krafft, Fabri-
kant in St. Blasien,
7. Otto Wally, Kom-
merzienrat in Basel,
8. Wally Wally, Bank-
direktor in Freiburg,
9. Siegfried Straub,
Rechtsanwalt in Freiburg,
zum Vorsitzenden im
Aufsichtsrat ist gewählt:
1. Otto Krafft, Fabri-
kant in St. Blasien,
2. zum stellvertretenden
Vorsitzenden Walter Wally,
Fabrikant in Schopfheim.
Von den bei der Annah-
me eingetragenen Schrift-
stücken, insbesondere dem
Prüfungsberichte des Vor-
standes und Aufsichtsrates
sowie dem Prüfungsber-
ichte der Revisoren kann
bei dem unterzeichneten
Gerichte Einsicht genom-
men werden. Der Prü-
fungsbericht der Revisoren
kann auch bei der Kan-
delskammer hieselbst ein-
gesehen werden.
Schopfheim, 30. Dez. 1922.
Bd. Amtsgericht.

Staufen. O.589
Oberbairische Stuhl- u.
Möbelfabrik Staufen Ges.
m. b. H. Handelsregister
Abt. B O.-Z. 11:
Karl Heller u. Johann
Schütz, beide in Freiburg,
sind als Geschäftsführer
ausgeschieden.
Staufen, 2. Jan. 1923.
Gerichtsschreiber des
Amtsgerichts.

Triebberg. O.564
In das Handelsregister
A II O.-Z. 73 wurde ein-
getragen: Zweigniederlassung
der Firma Carl Lassen
in Hamburg unter der
Firma Carl Lassen, Nie-
derlassung Triebberg. In-
haber ist: Christian Wil-
helm Alfred Lassen, Kauf-
mann in Hamburg. Pro-
kuristen sind: Kaufmann
Eugen Julius Johannes
Wubemann in Hamburg,

Kaufmann Baldemar
Jörgensen in Stettin,
Kaufmann Richard Fleischer
in Berlin und Kauf-
mann Franz Hasse in Of-
fenburg, letzterer unter
Beschränkung der Procura
auf den Betrieb der
Zweigniederlassung.
Triebberg, 28. Dez. 1922.
Der Gerichtsschreiber
Bd. Amtsgericht.

Zaubersbichsheim. O.590
In das Handelsregister
Abt. B wurde heute zu
O.-Z. 2 — Vereinigte
Schulmehl-Fabrikanten Ge-
sellschaft mit beschränkter
Haftung, Sitz Stuttgart,
Zweigniederlassung in
Zaubersbichsheim — ein-
getragen: Dem Kaufmann
Erich Diemer in Wünnen
ist Einzelprocura erteilt.
Zaubersbichsheim,
den 29. Dezember 1922.
Der Gerichtsschreiber des
Amtsgerichts.

Triebberg. O.565
In das Handelsregister
A II O.-Z. 74 wurde ein-
getragen: Erich Diemer
in Furtwangen. Inhaber
ist Erich Diemer, Kauf-
mann in Furtwangen.
Triebberg, 29. Dez. 1922.
Der Gerichtsschreiber
Bd. Amtsgericht.

Willingen. O.566
In O.-Z. 22 des Han-
delsregisters B Firma
Mannufaktur Ideal G. m.
b. H. hier wurde heute
eingetragen:
In Stelle des verstorbe-
nen Josef Schrank ist
Hilfsregistrator Andreas
Huber in München zum
Liquidator bestellt.
Willingen, 28. Dez. 1922.
Bd. Amtsgericht 1.

Waldkirch. O.570
In das Handelsregister
B Band I ist heute unter
F. O.-Z. 8 — Kollnauer
Baumwollspinnerei & We-
berei, Kollnauer eingetragen
worden:
Gemäß dem Beschlusse
der Generalversammlung
vom 28. Dezember 1922
ist das Grundkapital um
6 400 000 M. erhöht wor-
den und beträgt jetzt M.
12 000 000. Durch Be-
schluß derselben General-
versammlung ist § 5 des
Gesellschaftsvertrages neu
gefaßt worden. Das
Grundkapital der Gesell-
schaft beträgt 12 Millio-
nen Mark, eingeteilt in
6000 voll eingezahlte Ak-
tien von je 2000 M., von
diesen Aktien können die
mit den Nummern 701
bis 6000 versehenen durch
Auslösung oder Löschi-
gung nicht unter dem
Nennwert amortisiert
werden. Es bedarf hierzu
jeweils eines besonderen
Beschlusses der General-
versammlung. Die Aktien
werden zu 150 Proz. aus-
gegeben.
Waldkirch, 30. Dez. 1922.
Der Gerichtsschreiber des
Amtsgerichts.

Wettzell. O.591
Genossenschaftsregister-
eintrag Band I O.-Z. 3:
Spar- & Kreditverein Wad-
enschieden e. G. m. u.
H. in Wadenschieden: Durch
Beschl. der Generalver-
sammlung vom 23. Sep-